

Julia Schöneberg | Aram Ziai (Hrsg.)



Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen

AkteurInnen, Institutionen, Praxis



Nomos

Die Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft ist ein Zusammenschluss von PolitikwissenschaftlerInnen in Deutschland, die in diesem thematischen Bereich arbeiten. Sie veranstaltet regelmäßig Sektions-tagungen und fördert den Austausch zu Forschung und Lehre in Entwicklungstheorie und -politik. Die SprecherInnen der Sektion werden auf den Tagungen gewählt und erstatten dort Bericht über ihre Arbeit.

Die Reihe
„Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“

wird herausgegeben von

Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI), Freiburg

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“
der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)

GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg

Institut für Entwicklung & Frieden (INEF), Duisburg

Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn

Band 21

Julia Schöneberg | Aram Ziai (Hrsg.)

Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen

AkteurInnen, Institutionen, Praxis



Nomos

Diese Publikation wurde gefördert durch das Global Partnership Network (GPN), ein Projekt des Programms „exceed – Higher Education Excellence in Development Cooperation“ des DAAD und des BMZ.



DAAD

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Die **Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5557-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-9735-4 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen – Akteur*innen, Institutionen, Praxis <i>Aram Ziai und Julia Schöneberg</i>	7
---	---

Koloniale Kontinuitäten der Entwicklungszusammenarbeit

Über die Unmöglichkeit der dekolonisierten Evaluationspraxis. Expertenmetamorphosen, Verkaufsgespräche und nicht-intendierte Effekte. Ein Essay <i>Frauke Banse</i>	21
--	----

Kontinuität der Weißen <i>weltwärts</i> -Ideologie in der Süd-Nord-Komponente <i>Anne-Katharina Wittmann</i>	29
--	----

Dekolonialität – Eine Leerstelle in den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen <i>Albert Denk</i>	59
---	----

Dekoloniale Forschungspraxis

Dekoloniale Forschungspraxis in Uganda <i>Esther Kronsbein</i>	81
---	----

Queering Post-Development, Decolonizing Sexuality: Heteronormativitätskritische 'Alternativen zur Entwicklung' und die Dekolonialisierung von LGBTIQ-inklusiven Entwicklungsagenden <i>Christine M. Klappeer</i>	103
---	-----

Inhalt

Dekoloniale Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit

Partizipation als dekoloniale Strategie in der Entwicklungszusammenarbeit: Ein Widerspruch in sich? 123

Julia Plessing

Unser tägliches »Ja, aber...«
Post-Development: Einstellungen und Handlungsspielräume von kritischen, entwicklungspolitischen Akteur*innen 143

Meike Strehl

Praktische Konsequenzen der Postdevelopment Kritik?
– INGOs und Alternativen zur Entwicklung 165

Julia Schöneberg

„Nosso jeito de fazer“ - „Unsere Art, etwas zu tun“.
Dekolonial-feministische Wissensproduktion und wirkungsorientierte Zivilgesellschaftsförderung in Nordostbrasilien 181

Gabriela Monteiro und Ruth Steuerwald

Alternativen zur „Entwicklung“

Livity: Das Gute Leben der Rastas in Benin
— Eine gelebte Alternative zu „Entwicklung“? 203

Fiona Faye

Vernakuläre Sozialität und sozial-ökologische Transformationsprojekte im urbanen Raum Windhoeks 223

Jacqueline Krause

Ein Kopf allein hält keinen Rat – Indigene politische Autoritäten in Ghana als alternative Staatspraxis? 245

Joshua Kwesi Aikins

Autor*innenverzeichnis 269

Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen

– Akteur*innen, Institutionen, Praxis

Aram Ziai und Julia Schöneberg¹

Seit etwa einem Vierteljahrhundert formulieren Postdevelopment-Ansätze (Sachs 1993, Escobar 1995, Rahnema/Bawtree 1997, Esteva/Prakash 1998)² und verwandte postkoloniale Theorien (Kerner 1999, Kothari 2005, Eriksson Baaz 2005, Ndlovu-Gatsheni 2013, Ziai 2016, Rutazibwa 2018, Bendix 2018), Kritik an der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und -politik: an Akteur*innen, Institutionen und vor allem den eurozentrischen, westlich-modernistischen Grundannahmen, die geprägt sind von kolonialen Kontinuitäten und Machtasymmetrien (Ziai 2016, Bendix 2018), und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens sei Entwicklungspolitik strukturell dem ökologisch katastrophalen Vorbild westlicher Industriegesellschaften verhaftet. Das Modell europäischer Gesellschaften (einschließlich der europäischen Siedlungskolonien in Amerika und Australien nach dem Genozid der Indigenen) wird als Verwirklichung einer guten, „entwickelten“ Gesellschaft angesehen, deren „Entwicklung“ andere nachzuholen haben. Dabei wurde schon in den 1990ern diagnostiziert: die

„Selbstverständlichkeit, daß die Vereinigten Staaten und andere Industrieländer die höchste Stufe der Gesellschaftsentwicklung darstellten diese Vorstellung ist angesichts der ökologischen Problematik völlig unhaltbar geworden... Wenn alle Länder dem Beispiel der Industrienationen ‚erfolgreich‘ nacheiferten, dann würden wir für unsere Bergwerke und Müllhalden fünf oder sechs Planeten benötigen“ (Sachs 1993: 9).

-
- 1 Wir danken Martin Hölscher, Fabian Rosenauer und Jascha Rittmann für die Unterstützung bei der Erstellung des Manuskripts.
 - 2 Siehe für die deutsche Debatte um Post-Development auch Sachs 1989, Melber 1992, Dirmoser et al. 1991, Esteva 1995, Bennholdt-Thomsen/Mies 1997, das Journal für Entwicklungspolitik 4/2012, Klapeer 2016 und die Peripherie Nr. 150/51 sowie für die internationale Debatte v.a. Matthews 2017, Klein/Morroco 2019, Kothari et al. 2019, Ziai 2007, 2015 und 2018.

Trotz des Siegeszugs des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung, trotz des „Erdgipfels“ in Rio 1992 und seiner Nachfolger bis hin zum Klimagipfel in Paris 2015 und der Verkündung der Sustainable Development Goals (SDGs) hat sich an der Richtigkeit dieser Diagnose nicht grundlegend etwas geändert – auch wenn China mittlerweile in puncto Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen die meisten Industrieländer überholt hat. Ein ökologischer Umbau findet zwar statt, aber auch die SDGs erweisen sich nicht als Allheilmittel, sondern bleiben in wichtigen Punkten einem eurozentrischen Entwicklungsdenken verhaftet (Sachs 2018, Lepenies/Sondermann 2017). Letztlich wird die auf der Aneignung billiger Ressourcen und Arbeitskräfte in anderen Ländern beruhende „imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) weiter reproduziert.

Zweitens entpolitisiere Entwicklungszusammenarbeit (EZ) Fragen sozioökonomischer Ungleichheit auf globaler und nationaler Ebene als technische „Entwicklungsprobleme“, d.h. als Mangel an Kapital, Wissen und Technologie. Machtfragen bleiben dabei außen vor, schon weil EZ-Organisationen eine Parteinahme in politischen Konflikten als außerhalb ihres Mandats liegend empfinden und letztlich versuchen, Armut mit unpolitischen, technokratischen Maßnahmen – die den Eliten nicht wehtun – zu bekämpfen. Ferguson (1994: 69) und Li (2007: 267, 275) zufolge prägt diese Wahrnehmung auch ihre Problemkonstruktion: dass Mechanismen des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst Armut hervorbringen, ist dabei ausgeschlossen. So funktioniere EZ letztlich als „Anti-Politik-Maschine“: sie entpolitisiere Fragen sozioökonomischer Ungleichheit und stelle ihre eigenen Interventionen (die meist Ressourcentransfers an bestimmte Gruppen und somit ein politisches bzw. Politökonomisches Element beinhalten) als unpolitisch dar (Ferguson 1994: 256, siehe auch Mitchell 1995).

Drittens legitimiere und reproduziere EZ Machtverhältnisse zwischen Expert*innen und als „weniger entwickelt“ klassifizierten Bevölkerungsgruppen, wobei letztere von ersteren nach dem Prinzip der Treuhandschaft (trusteeship, Cowen/Shenton 1996) zu ihrem eigenen Besten regiert werden (DuBois 1991). Dass der Übergang der Treuhandschaft auf einheimische Eliten im Rahmen der Dekolonisierung diese Herrschaftsverhältnisse keinesfalls verschwinden lässt, demonstriert die Studie von Apffel-Marglin (1990) über die Impfkampagnen zur Ausrottung der Pocken im Indien der 1960er Jahre, bei denen das Wissen traditioneller Heiler*innen als Aberglaube verunglimpft und der ländlichen Bevölkerung die Segnungen der modernen Medizin auch mit brutaler Gewalt nahe gebracht wurden. Schätzungen von Wissenschaftler*innen zufolge verlieren auch heute noch jedes Jahr Millionen von Menschen ihre Lebensgrundlage als Konse-

quenz von Projekten der „Entwicklung“, meist im Infrastrukturbereich (siehe Peripherie Nr. 154/155, Easterly 2013), teilweise aber auch im Bereich des Umweltschutzes (Li 2007).

Dabei ist (viertens) das dieser Treuhandchaft zugrundeliegende Wissen immer das der westlichen Moderne. „Entwicklungshandeln“, so Hanna Hacker (2012: 10), „stellt einen Eingriff in einen gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhang dar, der zuvor als ‚fremd‘ definiert wurde. Die Perspektive dieses Wissens ist dabei stets die des „entwickelten“ Westens und diese ist geprägt von der kolonialen Zweiteilung der Welt in das überlegene Selbst und das minderwertige und noch zu „zivilisierende“ oder „entwickelnde“ Andere (Doty 1996). Aus dieser eurozentrischen Perspektive wird Differenz zu westlichen Sozialstrukturen ausschließlich als Rückständigkeit auf einer universellen Skala des Fortschritts wahrgenommen. Melber bezeichnet dies als „Verzeitlichung des räumlichen Nebeneinanders“ (1992: 32) und Nandy (1992: 146) als „transformation of geocultural differences into historical stages“. Das Eigene ist die ideale Norm, das Andere die defizitäre Abweichung, die der Korrektur bedarf. Auf dieser Grundlage erscheint die den Grundstrukturen der EZ auch heute noch entsprechenden Verortung von Problemen im Süden und Problemlösungswissen im Norden völlig plausibel: die „Entwickelten“ verfügen über privilegiertes Wissen, wie man sich (und andere) „entwickelt“, daher schicken sie Expert*innen zur „Entwicklungshilfe“ in den Süden.

Dieses westlich-moderne Wissen ist gleichzeitig – fünftens – auch patriarchal geprägt (Shiva 1989, Bennholdt-Thomsen/Mies 1997, Saunders 2002, Hacker 2012): es ist das Wissen des weißen Mannes, der seit der Aufklärung als denkendes Individuum die Welt nach rationalen und produktiven Gesichtspunkten umgestaltet – und dabei Emotionen, Empathie, Relationalität und weibliches Wissen verdrängt, verfolgt oder gar – wie in den Hexenverbrennungen der frühen Neuzeit (Federici 2014) – auslöscht. Hier lassen sich aus intersektionaler Perspektive Parallelen finden: Herrschaft ist hier das Produkt einer Weltsicht, „die von der absoluten Überlegenheit des Menschen über nicht-menschliche Lebensweisen, des Maskulinen über das Feminine, des Erwachsenen über das Kind ... des Modernen und Progressiven über das Traditionelle und das Wilde überzeugt ist“ (Nandy 2008: 64, siehe auch Peterson 2003: 36). Es ist kein Zufall, dass die Herrschaft über vermeintlich weniger Zivilisierte, Frauen und Kinder gleichermaßen mit ihrer Unbeherrschtheit und mangelnden Rationalität und Disziplin gerechtfertigt wurde – und „unproduktive“ Indigene, Arbeitslose, Homosexuelle und Prostituierte in der Moderne oft mit ähnlichen Zuschreibungen konfrontiert waren (McClintock 1995: 47, 50).

Die Postdevelopment-Kritik ist mittlerweile sattem bekannt. Dokumentationen der negativen Auswirkungen von „Entwicklung“, verstanden als (wirtschaftliches) Wachstum und Fortschritt (z.B. Norberg-Hodge 1991), sind zahlreich und werden in der kritischen Entwicklungsforschung nicht mehr verschwiegen. Partizipation, Ownership und Nachhaltigkeit gehören längst zum Standardrepertoire der Entwicklungszusammenarbeit.³ Süd-Süd-Kooperation ist en vogue, immer mehr entwicklungspolitische Organisationen befassen sich auch mit Fragen von Neokolonialismus und Rassismus. Auch der Freiwilligendienst „Weltwärts“ (Kontzi 2015) hat mittlerweile eine Reverse-Komponente eingeführt, die es Menschen aus dem globalen Süden ermöglicht, in Deutschland zum gleichberechtigten „interkulturellen Austausch sowie Wissens- und Erfahrungstransfer“ beizutragen. Elemente der postkolonialen und Postdevelopment-Kritik werden zusehends in Entwicklungsdiskurse und -praxen integriert. Die wechselseitige Reflexion des eigenen Tuns hat an Bedeutung gewonnen. Allerdings ist zu befürchten, dass, solange die Integration postkolonialer und Postdevelopment Kritik nur selektiv erfolgt und den hegemonialen Rahmen von „Entwicklung“ nicht grundsätzlich dekonstruiert, diese partielle Einbeziehung zur Immunisierung des Diskurses über „Entwicklung“ beitragen könnte. Dekolonisierung wird so zu einem buzzword wie zuvor Partizipation, Empowerment und Ownership (Cornwall/Eade 2010).

Doch wie genau unterscheiden sich Postdevelopment und postkoloniale Ansätze? Und wie unterscheiden sich wiederum dekoloniale Theorien von letzteren? Postkoloniale Ansätze untersuchen die Nachwirkungen der Kolonialherrschaft nach ihrem formalen Ende, die „legacies of colonialism“ (Loomba 1998: 12) und die „continuing cultural and political ramifications of colonialism in both colonizing and colonised societies“ (Young 2016: 6). Zwar nehmen sie dabei insbesondere die „production of knowledge about the Other“ (Williams/Chrisman 1994: 8) in den Fokus, betonen aber stets ihr machtkritisches und auf gesellschaftliche Veränderung abzielendes Element, d.h. eine antikoloniale und antiimperialistische politische Positionierung und die Berücksichtigung politökonomischer Ausbeutungsverhältnisse. (Young 2016: 58, siehe auch Conrad/Randeria 2002: 24, Castro Varela/Dhawan 2005: 8, Kerner 2012: 11, Ziai 2012: 293). Gleichzeitig würden mutmaßlich die meisten innerhalb der postkolonialen Studien Stuart Hall zustimmen, wenn er die Forschungsrichtung abgrenzt von einer „Politik binärer Oppositionen, die es ermöglicht, zwi-

3 Anzumerken ist jedoch, dass die partielle Integration dieser Ansätze zu Inkohärenzen in der Ordnung des Entwicklungsdiskurses führte (Ziai 2016, Kap. 7).

schen den Guten und den Bösen klar erkennbare „Linien“ zu ziehen (2002: 222). Gerade die Arbeiten von Spivak (2008) und Bhabha (2000) machen darauf aufmerksam, dass die Machtverhältnisse in kolonialen und postkolonialen Situationen meist komplexer sind.

Die Postdevelopment-Ansätze können grundsätzlich als eine postkoloniale Kritik der Entwicklungspolitik und des ihr zugrunde liegenden Weltbilds verstanden werden. Sie verorten die Entstehung des Entwicklungsdiskurses an der Schnittstelle von Kaltem Krieg und Dekolonisierung, wo er den noch oder ehemals von Europa kolonisierten Ländern Freiheit und Wohlstand versprach, während er andererseits ihren Verbleib innerhalb einer kapitalistischen Weltwirtschaft und einer kolonialen Arbeitsteilung gewährleistete und die Aufrechterhaltung der eurozentrischen Vorstellung vom fortschrittlichen Westen und dem rückständigen Rest ermöglichte (Esteva 1993, Rahnama 1997). Die Gemeinsamkeiten der Postdevelopment-Ansätze sieht Escobar (1995: 215f, 226, 58-61) in den folgenden Punkten: einer Zurückweisung des gesamten Entwicklungsparadigmas und einer Ausrichtung an „Alternativen zur Entwicklung“; einem Interesse an kultureller Differenz und lokalem Wissen, gekoppelt mit einer kritischen Haltung gegenüber einer Universalisierung etablierter Wissenschaft als angeblich einzig gültiger Form des Wissens; der Verteidigung lokal verankerter, pluralistischer Graswurzelbewegungen und der Kritik an Wirtschaftswachstum, dem Modell des Homo Oeconomicus und sämtlicher daran orientierter Wirtschaftswissenschaft. Sowohl die Kritik an eurozentrischen und kolonialen Denkmustern und Praktiken als auch die Zielsetzung ihrer Überwindung qualifizieren Postdevelopment-Ansätze als postkolonial, auch wenn Kritiker*innen (in Teilen berechtigt) den Rückfall in die von Hall erwähnten binären Oppositionen monieren (Ziai 2004).

Die in der wissenschaftlichen Diskussion erst im letzten Jahrzehnt stärker wahrgenommenen dekolonialen Ansätze (exemplarisch: Quijano 2010, Mignolo 2012) sind v.a. im lateinamerikanischen Kontext der Gruppe „Modernidad/Colonialidad“ entstanden und lassen sich grob vereinfacht als radikale Variante der postkolonialen Studien beschreiben. Sie nehmen daher eher die Kolonisierung Amerikas als Ausgangspunkt, stellen Bezüge zu Dependenztheorie und Befreiungstheologie her und grenzen sich bisweilen von den (vermeintlich oder tatsächlich) angelsächsisch und literarisch geprägten postkolonialen Studien ab. Programmatisch nehmen sie gegenüber diesen ein ebenso politisches wie akademisches Selbstverständnis und eine intervenierende Praxis in Anspruch (Kastner/Waibel 2012). Damit, und auch mit der These, dass die Moderne nicht ohne die zentrale Erfahrung des Kolonialismus gedacht werden kann, rennen sie allerdings bei weiten Teilen der postkolonialen Studien offene Türen ein. Der Hin-

weis auf die Gefahr einer Integration postkolonialer Ansätze in einen von auch kolonialen Machtasymmetrien geprägten globalen Wissenschaftsbetrieb ist jedoch wertvoll (Smith 2012, Decoloniality Europe 2013, siehe auch Bendix/Müller/Ziai 2020) und ein Zusammendenken de- und postkolonialer Ansätze (wenn mensch auf dieser Trennung bestehen will) eine sinnvolle Strategie (Gutierrez Rodriguez/Boatcă/Costa 2013).⁴

Aber was bedeutet nun für unser Politikfeld eine grundsätzliche Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit konkret? Welche Rekonstruktion ist denkbar, die nicht partiell und selektiv bleibt? Ohne Allgemeingültigkeit zu reklamieren identifizieren Bhambra et al. (2018: 2) zwei Hauptaspekte: Zum einen ist „Dekolonisierung“ ein Denkansatz über den (aktuellen) Zustand der Welt, der Kolonialismus und Rassismus und deren Auswirkungen in die Gegenwart als zentrales Analysefeld versteht. Zum anderen birgt er die Möglichkeit Alternativen zu denken und zu praktizieren – jenseits einer eurozentristisch-modernistisch geprägten Epistemologie, die die paternalistischen Binaritäten von „entwickelt“ und „unterentwickelt“ endlos fortschreibt (Ndlovu-Gatsheni 2013). Dekolonisierung kann daher nicht nur Substantiv sein, sondern muss als ein aktives Verb – dekolonisieren – gedacht und umgesetzt werden. Konkret bedeutet dies, westliches Expert*innen-tum in Frage zu stellen und zu untersuchen wie Diversität in Entwicklungsinstitutionen verbessert werden kann. Es bedeutet eine Validierung von nicht-westlichem Wissen, eine Mobilisierung und Übersetzung von anderen Konzeptionen von positivem sozialen Wandel und Kooperation, die jede Form von Trusteeship ausschließt.

In diesem Band fragen wir, inwieweit Initiativen zur institutionellen, strukturellen und ideologischen Reform der Entwicklungszusammenarbeit im Sinne ihrer Dekolonisierung beitragen bzw. inwieweit eine solche Veränderung durch institutionelle Strukturen, Beharrungskräfte oder Machtverhältnisse be- oder verhindert wird.

Die Autor*innen dieses Bandes verfolgen eine gemeinsame dekolonisierende Strategie: sie erkunden und analysieren Asymmetrien und Ungleichgewichte in Forschung, in Entwicklungshandeln und -zusammenarbeit. Die individuellen und die institutionellen, privaten und politischen Ebenen sind dabei zwangsläufig in wechselseitiger Beeinflussung wie in den Beiträgen von Frauke Banse, Meike Strehl oder Gabriela Monteiro und Ruth Steuerwald deutlich wird. Häufig stoßen die Akteur*innen an Grenzen, manchmal gibt es individuell erkämpfte Freiräume, die in gesell-

4 Zur Debatte um post- und dekoloniale Studien siehe auch Castro Varela/Dhawan 2015: 318-326 und Gutierrez Rodriguez 2013.

schaftlich verankerte Widerständigkeiten übertragen werden, wie Fiona Faye, Jacqueline Krause und Joshua Kwesi Aikins zeigen.

Die Beiträge des Bandes verfolgen einen roten Faden von kolonialen Kontinuitäten, über dekoloniale Forschungspraxis und dekolonialen Strategien in und für die Entwicklungszusammenarbeit bis hin zu grundsätzlichen systemischen Vorschlägen für Alternativen zur „Entwicklung“.

Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit

Der erste Teil beschäftigt sich mit den kolonialen Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit – Fragen, die zu häufig vernachlässigt werden, wenn es darum geht globale Ungleichheiten zu verstehen und mithilfe der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit zu verändern. Dem „entwickelten“ Westen kommt, sowohl im Kolonial-, als auch im Entwicklungsdiskurs, die steuernde und kontrollierende Rolle zu – legitimiert durch Expert*innenwissen, dass sich aus der eigenen globalen Positionierung ableitet.

In ihrem Essay stellt **Frauke Banse** die Unmöglichkeit von Beziehungen auf Augenhöhe dar, die, trotz bester Vorsätze von Partnerschaftlichkeit, immer wieder unangenehm und einseitigen Situationen der Rechenschaftspflicht ausgesetzt sind. Sie beschreibt Evaluationspraxis in vielfacher Hinsicht als Kontroll- und Machtinstrumentarium der Geldgebenden aus dem Globalen Norden und verdeutlicht so fortwährende koloniale Kontinuitäten in diesem Gefüge. Auch **Gabriela Monteiro und Ruth Steuerwald** analysieren die postkolonialen Effekte von Wirkungsmessung, beobachten aber auch überraschende Aneignungen von Seiten der Gemessenen.

Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit werden am deutlichsten in der Entsendung sogenannter Expert*innen, die in Ländern des Globalen Südens „Entwicklung“ voranbringen sollen. Auch entwicklungspolitische Freiwilligendienste wie das weltwärts-Programm des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind bereits ausführlich für die implizite und paternalistisch-hierarchische Annahme, westliche Jugendliche würden die „Entwicklung“ eines Landes vorantreiben, kritisiert worden (Kontzi 2015). Als Konsequenz dieser Kritik organisiert das BMZ seit 2013 eine Süd-Nord Komponente des weltwärts-Programms, das jungen Menschen aus dem Globalen Süden einen Freiwilligendienst in Deutschland ermöglicht.

Anne-Katharina Wittmann hinterfragt in ihrem Beitrag, inwiefern sich koloniale und rassistische Machtverhältnisse in dieser Süd-Nord Kom-

ponente weiterhin widerspiegeln und zu welchem Grad sich koloniale Kontinuitäten aber auch Disruptionen entdecken lassen.

Koloniale Kontinuitäten lassen sich auch und gerade auf internationaler Ebene erkennen. **Albert Denk** unterzieht die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen einer kritischen Analyse und identifiziert Dekolonialität als eine erhebliche Leerstelle. Trotz oder gerade aufgrund des holistischen Anspruchs der Agenda argumentiert Denk, dass die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) auf einem Wissen basieren, das sich von einer eurozentrischen Ideengeschichte ableitet und aus dieser provinziellen Perspektive universale Lösungsstrategien reklamiert, die einer dekolonialen Dekonstruktion fundamental entgegenstehen.

Dekoloniale Forschungspraxis

Auch die Forschung über „Entwicklung“ perpetuiert vielfach die binäre Unterteilung von aktiver Forscher*in und passiven Beforschten in einer wissensextraktivistischen Konstellation. Im zweiten Teil des Bandes zur dekolonialen Forschungspraxis stellt sich **Esther Kronsbein** daher der Frage, was es heißt, dekolonial zu forschen. Sie beschreibt Beschränkungen und Probleme anhand eigener Erfahrungen in Busoga, Uganda. Kronsbein stellt dar, dass Grundvoraussetzungen für eine post- oder dekoloniale Forschungspraxis permanente, intensive Selbstreflexivität sowie eine kritische Positionierung in Bezug auf Machtkonstellationen ist – ein Anspruch, der immer wieder an Grenzen stößt.

Christine Klapeer füllt eine Leerstelle in der theoretischen Diskussion um Dekolonisierung von Entwicklung und fragt nach der Rolle einer fundierten Heteronormativitätskritik, die zwangsläufiger Teil machtkritischer Dekonstruktion kolonialer Kontinuitäten sein muss, allerdings bislang vernachlässigt wird. In ihrem Beitrag stellt Klapeer daher die Bedeutung spezifischer Konstruktionen von Geschlecht und Sexualität im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit heraus.

Dekoloniale Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit

Autor*innen der Postdevelopmenttheorie argumentieren, „Entwicklung“ als Diskurs und als Praxis sei umfassend gescheitert und müsse daher grundlegend abgewickelt werden. Dennoch bleibt die Tatsache, dass Institutionen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit existieren

und einige ihrer Mitarbeiter*innen oft in bester Absicht agieren. Die Autor*innen des dritten Teils dieses Bandes beschäftigen sich daher mit möglichen dekolonialen oder dekolonisierenden Strategien für und innerhalb des bestehenden Entwicklungsdispositivs.

Partizipation als Allheilmittel für gescheiterte Entwicklungsinteraktionen steht lange in der Kritik. Dennoch erlebt es in erweiterter Form eine Renaissance: Partizipation soll mit einem Fokus auf *participatory governance* und aktive Bürger*innen (engaged citizens) als dekoloniale Strategie wirken. **Julia Plessing** untersucht kritisch die Potenziale und fragt ob die Neukonzeptionierung des Konzeptes womöglich nur einer Immunisierung des Entwicklungsdiskurses gegenüber postkolonialer Kritik dient.

Meike Strehl zeigt in ihrem Beitrag das Dilemma auf, mit dem viele in der Entwicklungszusammenarbeit Tätige konfrontiert sind: einerseits stehen sie dem Projekt „Entwicklung“ in seiner Totalität oftmals kritisch gegenüber, reflektieren ihre Positionierung und eigenen Beitrag in dem Gefüge, versuchen aber dennoch häufig, „von innen“ heraus positive Veränderung in den als eurozentristisch und rassistisch kritisierten Strukturen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu bewirken. Strehl illustriert mit ihrem Beitrag deutlich woran eine praktische Umsetzung der Postdevelopment-Kritik scheitert: den Beharrungskräften des EZ-Apparats, der Reformen nur bis zu einem gewissen Punkt zulässt.

Im Anschluss an Plessing und Strehl betrachtet **Julia Schöneberg** die besondere Rolle von INGOs im „Entwicklungsapparat“ (Escobar 1995) und fragt wo sich Postdevelopmenttheorie und -praxis in ausgewählten INGO Strukturen entdecken lassen und welche Räume der Umsetzung es gibt. Für die Umsetzung von dekolonisierenden Strategien in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit identifiziert sie eine Voraussetzung: die Verschiebung der Zusammenarbeit von der Grundannahme der Wohltätigkeit, entsprechend derer viele INGOs arbeiten, hin zu einem Anspruchsdenken und -handeln für eine gerechtere Welt.

Schließlich verfolgen **Gabriela Monteiro und Ruth Steuerwald** die Historie der brasilianischen Landarbeiterinnenbewegung bis in die Gegenwart und analysieren veränderte Anforderungen, die von Geldgebern an die Bewegung herangetragen werden mithilfe des Konzepts des Entwicklungsregimes. Sie stellen fest, dass die zuvor nicht-formalisierte, politische soziale Bewegung im Entwicklungsregime zunehmend über ihre fehlende technische Kapazität – einen Mangel – definiert wird. Wirkungsmessung anhand vorgegebener Indikatoren wird so wichtiger als politische Praxis. Trotzdem finden sich auch Beispiele hybrider dekolonialer Aneignung, deren Ausübung den Wegfall der INGO-Förderung zur Folge hat. Die Bewe-

gung entspricht eindeutig nicht den vom Entwicklungsregime vorgegebenen Normen. Monteiro und Steuerwald illustrieren mit ihrer Fallstudie dezidiert, wie vermeintlich neutrale Instrumente wie Wirkungsorientierung die politischen Dimensionen von Entwicklungszusammenarbeit beeinflussen.

Alternativen zur „Entwicklung“

Wie sehen gelebte Alternativen zur „Entwicklung“ konkret aus? Wo gibt es sie bereits und was können wir von den oftmals sehr kontextuell verwurzelten Strategien lernen? Im vierten Teil zeigen Fiona Faye, Jacqueline Krause und Joshua Kwesi Aikins in Beispielen aus Benin, Namibia und Ghana, dass Alternativen zur „Entwicklung“ existieren und, trotz der Heterogenität der Ansätze, vor allem antikapitalistisch, machtkritisch und im sozial-ökologischen Gleichgewicht formuliert werden.

„Entwicklungszusammenarbeit kann nie wirklich auf Augenhöhe stattfinden solange sie nicht aus einem Voneinander-Lernen besteht“, sagt **Fiona Faye** und versucht in ihrem Beitrag Ansprüche von dekolonisierter Entwicklungsinteraktion zu verwirklichen: sie versteht ihre Rasta Gesprächspartner*innen in Benin als Expert*innen, von deren Wissen und Werthaltungen Konzeptualisierungen eines praktischen Postdevelopment profitieren können. Faye gibt gelebte Alternativen eines Guten Lebens wieder, die „Unter“-Entwicklung im Globalen Norden in einen deutlichen Kontrast zu den Maßstäben des etablierten eurozentristischen und wachstumsfokussierten Entwicklungsparadigmas stellen.

Alternativen zur Entwicklung sind in **Jacqueline Krauses** Beitrag die Grundvoraussetzung für bessere Lebensbedingungen und -perspektiven für die Bewohner*innen informeller Siedlungen am Rande der namibischen Hauptstadt Windhoek. Sie berichtet anhand von zwei institutionalisierten Alternativprojekten von Strategien und Potenzialen für praktische Postdevelopmentansätze und gelebte sozial-ökologische Transformationen.

Joshua Kwesi Aikins kontextualisiert in seinem Beitrag das „Entwicklungsversprechen“ und die Frage, inwiefern nicht Alternativen zur „Entwicklung“, sondern eben gerade das Einfordern von Entwicklung nicht nur Hierarchieausgleich, sondern auch Selbstbestimmung und Würde manifestieren. In seiner Analyse zur Rolle indigener Institutionen in Ghana sieht er daher gleichermaßen eine Fallstudie für Alternativen zur „Entwicklung“, als auch eine Gelegenheit, Postdevelopmentansätze mit komplexen Realitäten zu konfrontieren, die im Bezug auf das Verhältnis von

lokalen, nationalen und internationalen gesellschaftlichen und politischen Ebenen oftmals an Grenzen stoßen.

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer Tagung der Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Die Beitragenden der Tagung und des Bandes sind in ihrer Mehrheit deutsch und weiß, sicherlich ein grundlegender Kritikpunkt an einem Band über Dekolonisierung von „Entwicklung“. Dennoch: Kritische Reflexion der eigenen Rolle und Position bedeutet nicht Paralyse, sondern kann, im Idealfall, in rekonstruierendes Handeln münden. So greift eine Mehrheit der Autor*innen auf eigene Erfahrungen aus Tätigkeiten und Engagement in den Strukturen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zurück. Vorschläge dekolonisierender Strategien werden hier von jenen formuliert, die Innenansichten des „Entwicklungsapparats“ (Escobar 1995), seiner Einschränkungen und (de-)legitimierender Diskurse, aber auch der möglichen Ansatzflächen für Reform aus eigenem Erleben beschreiben können. Nicht umsonst sind viele Beiträge, trotz der akademischen Rahmensetzung, aus der sie entstanden sind, sehr persönlich. Die Autor*innen nehmen sich Zeit, eigene Motivationen, Vorstellungen und Aktionen zu hinterfragen und individuelle Handlungsspielräume auszuloten. Wir hoffen, dass dieser Band die deutschsprachige Diskussion nicht nur in Hinsicht auf die formulierten Forschungsergebnisse, sondern auch für Methodenreflexionen bereichern wird, und letztlich zur Dekolonisierung von Forschung und Praxis hinsichtlich globaler Ungleichheit jenseits des Deutungsrahmens „Entwicklung“ beitragen wird. In den Worten von Olivia Rutazibwa (2018) gilt es, das Badewasser dieses eurozentrischen Diskurses und der mit ihm verknüpften Institutionen los zu werden, ohne das Kind des Strebens nach globaler Gerechtigkeit gleich mit auszuschütten.

Literaturverzeichnis

- Apffel-Marglin, Frédérique (1990): Smallpox in two Systems of Knowledge, in: Apffel-Marglin, Frédérique/Marglin, Stephen (Hg.) *Dominating Knowledge – Development, Culture, and Resistance*, Oxford: Clarendon Press, S. 102-144.
- Bendix, Daniel (2018): *Global Development and Colonial Power – German Development Policy at Home and Abroad*, London/New York: Rowman & Littlefield.
- Bendix, Daniel/Müller, Franziska/Ziai, Aram (Hg.) (2020): *Beyond the Master’s Tools. Decolonising Knowledge Orders, Research Methods and Teaching*. Lanham: Rowman & Littlefield.

- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary – Die Subsistenzperspektive, München: Frauenoffensive.
- Bhabha, Homi (2000): Die Verortung der Kultur. Tübingen: Stauffenburg.
- Bhambra, Gurminder K./Nisancioglu, Kerem/Gebrial, Dalia (2018): Decolonizing the University, London: Pluto Press.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Stuttgart: Oekom.
- Castro Varela, Maria do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript.
- Castro Varela, Maria do Mar/Dhawan, Nikita (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2. Auflage. Bielefeld: transcript.
- Cornwall, Andrea/Eade, Deborah (Hg.) (2010): Deconstructing Development Discourse – Buzzwords and Fuzzwords, Bourton: Practical Action Publishing.
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (2002): Einleitung. Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt. In: dies. (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt a.M.: Campus, 9-49.
- Cowen, Michael/Shenton, Robert (1996): Doctrines of Development. London: Routledge.
- Dirmoser, Dietmar/Gronemeyer, Marianne/Rakelmann, Georgia A. (Hg.) (1991): Mythos Entwicklungshilfe – Entwicklungsrüinen: Analysen und Dossiers zu einem Irrweg, Gießen: Focus-Verlag.
- Doty, Roxanne Lynn (1996): Imperial Encounters: The Politics of Representation in North-South relations. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- DuBois, Marc (1991): The Governance of the Third World: A Foucauldian Perspective on Power Relations in Development. *Alternatives* 16(1), 1–30.
- Eriksson Baaz, Maria (2005): The Paternalism of Partnership – A postcolonial reading of identity in development aid, London: Zed Books.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering Development – The Making and Unmaking of the Third World, Princeton: Princeton University Press.
- Esteva, Gustavo (1993): Entwicklung. In: Sachs 1993, 6-25.
- Esteva, Gustavo (1995): Fiesta! Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik, 2. Auflage, Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel.
- Esteva, Gustavo/Prakash, Madhu Suri (1998): Grassroots Postmodernism. Remaking the Soil of Cultures. London: Zed Books.
- Federici, Silvia (2014): Caliban and the Witch – Women, the Body and Primitive Accumulation, 2. Auflage, Brooklyn: Autonomedia.
- Ferguson, James (1994): The Anti-Politics Machine. ‚Development‘, Depoliticization and Bureaucratic Power in Lesotho. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gutiérrez, Rodríguez, Encarnación/Boatca, Manueala/Costa, Sérgio (Hg.) (2013): Decolonizing European Sociology. Farnham: Ashgate.
- Gutiérrez, Rodríguez, Encarnación (2013): Decolonizing Postcolonial Rhetoric. In: Gutiérrez Rodríguez et al. (2013), 49-67.

- Hacker, Hanna (2012): *Queer Entwickeln – Feministische und postkoloniale Analysen*, Wien: Mandelbaum.
- Kastner, Jens/Waibel, Tom (2012): Einleitung: Dekoloniale Optionen. Argumentationen, Begriffe und Kontexte dekolonialer Theoriebildung. In: Mignolo 2012, 7-42.
- Kerner, Ina (1999): *Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und postkoloniale Kritik: eine Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes*. Hamburg: LIT.
- Kerner, Ina (2012): *Postkoloniale Theorien zur Einführung*. Stuttgart: Junius,
- Klapeer, Christine M. (2016): Post-Development, in: Fischer, Karin/Hauck, Gerhard/Boatca, Manuela (Hg.) *Handbuch Entwicklungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 125-136.
- Klein, Elise/Morreo, Carlos E. (Hg.) (2019): *Postdevelopment in Practice – Alternatives, Economics, Ontologies*, London: Routledge.
- Kontzi, Kristina (2015): *Postkoloniale Perspektiven auf "weltwärts" – Ein Freiwilligendienst in weltbürgerlicher Absicht*, Baden-Baden: Nomos.
- Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hg.) (2019): *Pluriverse – A Post-Development Dictionary*, New Delhi: Tulika Books.
- Kothari, Uma (2005): *From colonial administration to development studies: a post-colonial critique of the history of development studies*. In: dies. (Hg.): *A Radical History of Development Studies. Individuals, Institutions and Ideologies*. London: Zed Books, 47-66.
- Lepenies, Philipp/Sondermann, Elena (Hg.) (2017): *Globale politische Ziele – Bestandsaufnahme und Ausblick des Post-2015 Prozesses*, Baden-Baden: Nomos.
- Li, Tania Murray (2007): *The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics*. Durham: Duke University Press.
- Loomba, Ania (1998): *Colonialism/Postcolonialism*. London: Routledge.
- Matthews, Sally (2017): *Postdevelopment Theory*, abrufbar unter <https://oxfordre.com/internationalstudies/view/10.1093/acrefore/9780190846626.001.0001/acrefore-9780190846626-e-39?result=5&crskey=8x4hrs> (zugegriffen am 08.09.2019).
- McClintock, Anne (1995): *Imperial Leather – Race, Gender and Sexuality in the Colonial Contest*, London: Routledge.
- Melber, Henning (1992): *Der Weißheit letzter Schluss – Rassismus und kolonialer Blick*, Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel.
- Mitchell, Timothy (1995): *The Object of Development. America's Egypt*. In: Crush, Jonathan (Hg.): *Power of Development*. London: Routledge, 129-157.
- Mignolo, Walter D. (2012): *Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität*. Wien: Turia + Kant.
- Nandy, Ashis (1992): *Traditions, Tyranny and Utopias. Essays in the Politics of Awareness*. Delhi: Oxford University Press.
- Nandy, Ashis (2008): *Der Intimfeind – Verlust und Wiederaneignung der Persönlichkeit im Kolonialismus*, Nettersheim: Verlag Graswurzelrevolution.

- Ndlovu-Gatsheni (2013): Coloniality of Power in Development Studies and the Impact of Global Imperial Designs in Africa. In: *Australasian Review of African Studies* 33 (2), 48-73.
- Quijano, Anibal (2010): Die Paradoxien der eurozentrierten kolonialen Moderne. In: *Prokla* Nr. 158, 29-48.
- Rahnema, Majid 1997: Introduction. In *Rahnema/Bawtree 1997*, ix-xix.
- Rahnema, Majid mit Bawtree, Victoria (Hg.) (1997): *The Post-Development Reader*, London: Zed Books.
- Rutazibwa, Olivia (2018): On Babies and Bathwater. Decolonizing International Development Studies. In: de Jong, Sara/Icaza, Rosalba/Rutazibwa, Olivia (Hg.): *Decolonization and Feminisms in Global Teaching and Learning*. London: Routledge, 158-180.
- Sachs, Wolfgang (1989): Zur Archäologie der Entwicklungsidee, in: *epd-Entwicklungspolitik* 10/89 a-i, 1989.
- Sachs, Wolfgang (Hg.) (1993): *Wie im Westen so auf Erden – Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik*, Reinbek: Rowohlt.
- Sachs, Wolfgang (2018): Papst vs. UNO: Sustainable Development Goals und Laudato si': Abgesang auf das Entwicklungszeitalter?, in: *PERIPHERIE* Nr. 150/151, S. 245-260.
- Saunders, Kriemild (Hg.) (2002): *Feminist Post-Development – Rethinking Modernity, Post-Colonialism and Representation*, London: Zed Books.
- Shiva, Vandana (1989): *Staying Alive – Women, Ecology and Survival in India*, London: Zed Books.
- Spivak, Gayatri (2008): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und Subalterne Artikulation*. Wien: Turia + Kant.
- Williams, Patrick/Chrisman, Laura (1994): *Colonial Discourse and Postcolonial Theory. An Introduction*. In: dies. (Hg.): *Colonial Discourse and Postcolonial Theory. A Reader*. New York: Columbia University Press, 1-20.
- Young, Robert (2016): *Postcolonialism. An Historical Introduction*. 2. Auflage. Oxford: Blackwell.
- Ziai, Aram (2004): The Ambivalence of Post-development: Between Reactionary Pop-ulism and Radical Democracy. *Third World Quarterly* 25(6), 1045–1060.
- Ziai, Aram (Hg.) (2007): *Exploring Post-development – Theory and practice, problems and perspectives*, London: Routledge.
- Ziai, Aram (2015): Post-Development: Premature Burials and Haunting Ghosts. In: *Development and Change* 46 (4), 833-854.
- Ziai, Aram (2012): Postkoloniale Studien und Politikwissenschaft: Komplementäre Defizite, Stand der Forschung und Perspektiven. In: *Politische Vierteljahresschrift* 53 (2), 291-322.
- Ziai, Aram (2016): *Development Discourse and Global History. From Colonialism to the Sustainable Development Goals*, London: Routledge.
- Ziai, Aram (Hg.) (2018): *The Development Dictionary @25. Post-Development and its Consequences*, London: Routledge.

Über die Unmöglichkeit der dekolonisierten
Evaluationspraxis. Expertenmetamorphosen,
Verkaufsgespräche und nicht-intendierte Effekte.
Ein Essay

Frauke Banse

In „Kleiner Mann - was nun?“ von Hans Fallada bedrängt die Hauptfigur Johannes Pinneberg als Verkäufer für Herrenbekleidung einen Kunden, den bekannten Schauspieler Hans Schlüter. Pinneberg muss Umsatz machen, sonst wird er gefeuert – und das in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre. Er bittet den Kunden an, etwas zu kaufen. Pinneberg legt bittend die Hand auf den Arm des Kunden, er habe Frau und Kleinkind zu Hause. Er, der Schauspieler, habe doch Geld genug, wenigstens den Abendmantel zu nehmen. Der Kunde kauft nicht, sondern meldet beim Abteilungsleiter, Pinneberg habe ihn angefasst und bedrängt. Pinneberg wird sofort entlassen (Fallada (2017) [1932]: 432ff.).

Szenenwechsel:

Alles sieht chic aus, die Sprache ist gewandt, der Vortrag professionell mit Spezialeffekten. Ein Herr von vielleicht 60 Jahren präsentiert. Auch dieses ist ein Verkaufsgespräch in dem der präsentierende Verkäufer, aber letztlich auch alle anderen Anwesenden nah dran sind, ihre Würde zu verlieren. Wir befinden uns in den 2000er Jahren in einem peripheren Land. Auch hier droht dem Verkäufer die Arbeitslosigkeit. Denn es wird immer deutlicher: die Präsentation präsentiert nur sich selbst, das Projekt dahinter gibt es nur, weil es dafür Geld – und den Job des Präsentierers – gibt. Und es wird in sich zusammenfallen, wenn das Geld verbraucht ist. Zudem ist es, außer für den alten Herrn, gesellschaftlich irrelevant, ob das Projekt weiterbesteht oder nicht.

Der Mann hat vermutlich – ähnlich wie Johannes Pinneberg – gute Gründe, die Zuhörenden davon zu überzeugen, ihm seine Darstellung ‚abzukaufen‘. Denn er nimmt an, dass sie ein gutes Wort für ihn einlegen in dem sie dem Chef erzählen, was für ein famoses Projekt er geleitet hat.

Es ist für alle eine würdelose Situation. Denn hier sind keine Kolleg*innen versammelt. Die Person, an die sich der Vortrag vor allem richtet, ist ‚Experte‘ einer europäischen Geberorganisation und der alte Herr ist Ange-

steller einer NGO in einem wirtschaftlich schwachen Land, einer ehemaligen Kolonie eines EU-Mitgliedstaates. Der Anlass des Besuches bei der Organisation ist keine Evaluation, sondern ein anderweitiger Forschungsauftrag. Allerdings verkommt die Situation in Windeseile zu einer Evaluation mit stark bitterem Beigeschmack – die Tatsache, dass der Besuch von einem Geber initiiert wurde, dass der `Experte` aus einem Geberland kommt und somit potentiell auf andere Geberorganisationen Einfluss durch positive oder negative Informationen oder Kontakte nehmen kann, vergiftet die Beziehung. Die Visitenkarte mit dem „Dr.“, der deutsche Vor- und Nachname und das Weiß-Sein tun vermutlich noch ihr übriges.

Der Versuch einer kollegialen Begegnung ist also schiefgegangen. Aber so läuft es vermutlich oft. Denn ähnliche Verkaufssituationen, wenn auch – dank von allen Beteiligten als sinnvoll erachteter Projekte – nicht so würdelos, sind Alltag in der Evaluation.

Dieses Machtgefälle wird auch in den Geberorganisationen, staatlichen wie nicht-staatlichen, diskutiert (Degeval 2011).

Seit einigen Jahren ist es üblich, ‚partizipative Ansätze‘ in Evaluationen zu verfolgen, die Mitarbeiter*innen der evaluierten Projekte in den Evaluationsprozess zu integrieren, gemeinsames Lernen zu fördern, die Ergebnisse werden gemeinsam diskutiert, die Auftragsbeschreibungen teilweise gemeinsam konzipiert. Auch ist es üblich, die Evaluationsteams zu mischen – eine lokale und eine europäische Evaluatorin.¹

Diese methodischen Ansätze sind ausgesprochen sinnvoll. Gut angewandt erbringen sie nicht nur bessere Daten, weil ehrlichere Interview- und Workshopsituationen. Sie ermöglichen auch, dass mit Evaluationen tatsächlich gelernt werden kann und dass beide Seiten (Geber- und Empfängerorganisationen) ihre Tätigkeiten kritisch reflektieren. Sofern es qualitativ gut läuft - was bei sehr beschränkten Mitteln und entsprechend beschränkter Zeit leider häufig nicht ganz der Fall ist.

Diese Intentionen und Methoden können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine externe Evaluation letztlich immer ein Kontroll- und damit Machtinstrument der geldgebenden Institution ist. Zudem ist diese geldgebende Institution meist geographisch wie personell in einem Land des ‚Globalen Nordens‘, die Empfängerorganisation häufig in einem Land des ‚Globalen Südens‘ angesiedelt. Eine ‚Dekolonisierung‘ im Sinne der

1 Auch in diesen Teams ist das postkoloniale Verhältnis unübersehbar – in der Regel ist die Bezahlungen sehr unterschiedlich und der Kontakt zur Geberorganisation ist von der europäischen Kollegin meist enger, sie ist in der Regel die Chefin des Teams.

Überwindung historisch-ökonomisch bedingter Ungleichheiten erscheint damit strukturell unmöglich.

Die Tatsache des Machtgefälles ist zwar selten mit einseitiger Abhängigkeit und Einfluss gleichzusetzen. Die Auswirkungen der ungleichen Beziehung sind je nach Kontext sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Forschungen zum Einfluss von Entwicklungshilfe auf zivilgesellschaftliche Organisationen wird sehr deutlich, dass die Autonomie einer Empfängerorganisation zentral davon abhängt, wie wichtig diese Organisation für die Identität bzw. das politische Projekt der Geberorganisation ist und wie die Empfängerorganisation ansonsten in die politische Zivilgesellschaft des jeweiligen Landes eingebunden ist, wie es um die interne Demokratie bestellt ist oder andere Geldquellen (Mitgliedsbeiträge, andere Geberorganisationen etc.) (s. für Gewerkschaften bspw. Banse 2016; Southall 1995). Aber die strukturelle Ungleichheit bleibt bestehen: Wer hat letztlich die Macht Geld zu geben und zu entscheiden, wohin und für was es fließen soll? Und wer kontrolliert wiederum inhaltlich ernsthaft die gebenden Organisationen?

Um in der Analogie der Situation eines abhängig Beschäftigten im Roman von Hans Fallada zu bleiben, wären diese ‚starken Partner‘, wie es in den internationalen Kooperationen heißt, vielleicht jene Beschäftigten, die nicht nach Umsatz – wie Johannes Pinneberg - sondern nach Tarif bezahlt werden, die fest angestellt und nicht von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Das ungleiche Machtverhältnis bleibt aber erhalten – Arbeitgeber im Betrieb oder Geldgeber in der EZ sitzen letztlich immer am längeren Hebel. Das ist dann bemerkbar, wenn die Qualifikation des Mitarbeitenden doch nicht mehr am Markt nachgefragt wird, wenn die Empfängerorganisation doch zu rebellisch geworden ist oder für die Geberorganisation an Relevanz verliert. Beides – Machtverhältnisse im Betrieb oder in Geber-Empfängerbeziehungen – sind ein strukturell ungleiches Spielfeld. Externe Evaluationen im Rahmen der EZ oder auch aktivistische Solidaritätsarbeit sind damit immer kolonial kontextualisiert.

Ein Kontext, aus dem nicht zu entkommen ist. Die Evaluation ist auch in partizipativen Ansätzen das Kontrollinstrument der Geberorganisationen und hat damit auch polizeiliche Elemente. Solange aber Geld gegeben wird, sind Evaluationen aber in der Regel unerlässlich.

Geld in periphere Länder zu geben, kann sehr unterschiedliche Motivationen haben. Es kann, in der offiziellen, staatlichen EZ weit vorrangige Triebfeder, sehr stark an ökonomischen, geopolitischen oder sicherheitspolitischen Eigeninteressen orientiert sein. NGOs können Geld geben, weil es sich für ihre Spendenwerbung gut macht oder das geförderte Projekt gut in die Kampagnenagenda passt. Es kann auch ein ‚Mittelabflussdruck‘

am Ende des Kalenderjahres geben – Geld muss noch verteilt werden, sonst wird das Budget im nächsten Jahr verkleinert.

Geld schicken kann aber natürlich auch genuin solidarisch motiviert sein – weil es im Auge von Spender*innen oder den Mitarbeiter*innen tatsächlich sinnvolle Aktivitäten unterstützt und die Aktivist*innen oder die Organisationen vor Ort keinen ausreichenden Zugang zu eigenen Geldquellen haben.

Internationale Solidarität *kann* sich *auch* in Geldübergaben ausdrücken. Im Folgenden soll es um diese Art der solidarischen, intergesellschaftlichen und nicht der staatlichen Geldtransfers gehen.

Wenn man mit der Tätigkeit der solidarisch motivierten Geldvergabe prinzipiell einverstanden ist, dann müssen diese Vergabepaxen in der Regel auch überprüft werden.²

Denn auch in den solidarisch motiviertesten Geber-Empfängerbeziehungen kann es zu nicht-intendierten (Neben-)effekten kommen. Geld geben kann viele negativen Folgen haben.

Die „good intentions with side effects“ (Wemos 2004) sind ein weit verbreitetes Phänomen, die es mit Hilfe systematischer Analyse zumindest ansatzweise aufzudecken und zu vermeiden bzw. zu beheben gilt.

Die folgenden Beispiele stammen entweder aus meiner eigenen Forschung, meiner Erfahrung als Aktivistin in internationalen (NGO-)Netzwerken oder aus meiner Tätigkeit als Projektberaterin. Sie sind so stark wie möglich anonymisiert, teilweise mussten dafür die Sachverhalte leicht verändert werden.

Ein Aktivist aus einem internationalen Basisnetzwerk mit dem Anspruch auf gleichberechtigte Beziehungen berichtet, dass es schwer sei, Geld zu geben. Man kenne die Leute in der gemeinsamen Kampagne gut, man kämpfe genuin für die gleiche Sache. Aber es bleibe für die Aktivist*innen aus den peripheren Ländern einfach persönlich attraktiv, die Gelder zu verwalten und hier und da kleine Summen ‚umzuleiten‘. Man würde an ihrer Stelle genauso handeln – wenn das eigene Kind krank sei, brauche es einfach ein Medikament, und sei es aus der Spendenkasse. Das wäre eben so, aber es mache ein seltsames Gefühl des Misstrauens und führe zu Spannungen auch in den lokalen Aktionsgruppen in den peripheren Ländern. Evaluationen würde diese Initiative vermutlich aber auf Grund ihrer Kontrollfunktion ablehnen.

2 Ausnahmen sind hier freundschaftliche/persönliche, vertrauensvolle (politische) Beziehungen.

Abgesehen davon, dass der Medikamentenkauf tatsächlich zu Spannungen innerhalb der Gruppe vor Ort führen kann – schließlich haben auch andere kranke Kinder und kein Geld – gibt es genug Beispiele, in denen das Geld in weit größerem Stil für andere Dinge als gedacht verwendet wird. Zudem gibt es eine Reihe letztlich sinnfreier Projekte, die, wie oben geschildert, lediglich den geförderten Personen ein kleines Auskommen und gute Kontakte zu anderen internationalen Institutionen verschafft haben, ansonsten aber keinerlei politischen oder sozialen Effekt hatte (für eine Untersuchung zu einem Fall in Benin siehe Banse 2016a).

Aber es muss noch nicht einmal Korruption oder Fehlplanung sein, die es zu analysieren gilt. Durch internationale Kontakte und Geldströme – auch genuin solidarisch motivierte – können sich insbesondere Organisationen sozialer Bewegungen und Gewerkschaften, also jene Organisationsformen mit einer Mitglieder- oder Aktivist*innenbasis, stark verändern, zum Positiven aber auch zum Negativen. So ist beispielsweise in manchen Ländern zu beobachten, dass Gewerkschaftsführungen durch die Angebote internationaler Geber eher nach ihren Sprachfähigkeiten (Englisch) und ihrer guten internationalen Kontaktpflege in gewerkschaftliche Führungspositionen kommen, denn auf Grund ihrer guten gewerkschaftlichen Organizing- oder Strategiefähigkeiten auf Betriebsebene. Externe Gelder können bei Organisationen mit Mitgliedsbeiträgen die interne Demokratie beeinflussen – schließlich ist die Leitung dann nicht mehr nur den Mitgliedern, sondern auch den externen Geldgebern rechenschaftspflichtig. Einzelpersonen, insbesondere in unterstützten Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen, können sich durch die ‚lukrativen‘ internationalen Kontakte von ihren Organisationen bzw. Bewegungen entfremden – um nur einige Beispiele zu nennen (Banse 2016b).

„Good intentions with side effects“ können aber nicht nur schleichend die internen Machtverhältnisse von Organisationen ändern, sondern auch Spaltungen von Bewegungen vorantreiben.

So kam es in einem stark religiös geprägten Land mit schwerer Repression gegen Gewerkschafter*innen zu einer Abspaltung in einer ansonsten sehr starken und hoffnungsvollen gewerkschaftlichen Bewegung. Diese Abspaltung war unter anderem religiös motiviert bzw. begründet. Die abgespaltete Gruppe hatte aber sehr gute Kontakte zu europäischen Geberorganisationen und konnte diese von Geldzahlungen überzeugen. Das über diese – sich als links verstehenden – Organisationen übermittelte Geld hat vermutlich zu einer weiteren Vertiefung der bewegungsinternen Konflikte geführt. Eine vorherige Analyse der Situation, systematische Erfassung des internen Konfliktes und umsichtige Auslotung des eigenen Geberverhaltens, das den Konflikt befriedet und nicht verstärkt, wäre dringend nötig

gewesen – eine ‚Baseline study‘ vor einer Geldvergabe, ein sinnvolles analytisches Instrument für Evaluationen.

Ein anderes Beispiel ist eine größere Spendenaktion für den Kauf von Autos für eine soziale Bewegung. Hier gab es Hinweise darauf, dass diese Autos formal nicht dem Verein, sondern der führenden Einzelperson gehören würden. Aufgrund weiterer Gerüchte, dass diese Einzelperson stärker aus Eigeninteresse denn aus Bewegungsinteresse handeln würde und letztlich korrupt sei, wäre es geboten gewesen, diese Vorwürfe von einer möglichst neutralen Person systematisch untersuchen zu lassen – also eine Projektevaluation durchzuführen. Dies ist auf Grund der Abneigung gegenüber Evaluationen durch die Geberorganisation nicht geschehen. Vermutlich ein großer Fehler mit starken Auswirkungen auf die interne Demokratie der geförderten Bewegung.

Ein Beispiel, das auch direkt benannt werden kann, weil es selbstkritisch in Interviews angemerkt wurde, ist jenes der General Agricultural Workers Union (GAWU) in Ghana. Hier geben die Kolleg*innen der Gewerkschaft selbst offen zu: Externe Gebergelder haben ihre Gewerkschaftsagenda beeinflusst. Dies leider nicht nur in positivem Sinne. So hätten die Geber sehr stark auf die Förderung von so genannten informell Beschäftigten Wert gelegt. Diese Förderung ist eventuell sinnvoll für die Organisation dieser Beschäftigtengruppe gewesen, allerdings hat sie den Nebeneffekt gehabt, dass angesichts der beschränkten Personaldecke der Gewerkschaft die Organisation der formell Beschäftigten in der Forstwirtschaft, den Lebensmittellaboren u.Ä. vernachlässigt wurde. Damit hat die Gewerkschaft nicht nur ihren Charakter verändert – sie ist mehr serviceorientiert und weniger kollektiv konfliktorientiert geworden – sondern sie hat auch ein wesentliches Moment gewerkschaftlicher Macht eingebüßt: die strukturelle Macht von formell Beschäftigten – also die Fähigkeit der Blockade ökonomischer Prozesse, über die informell Beschäftigte in der Regel weniger verfügen (Banse 2013).

In der Analyse des Prozesses war die Gewerkschaft sehr selbstkritisch und ein Angebot der partizipativen Evaluation zur besseren Steuerung und Planung von Gebergeldern wäre vermutlich gern aufgenommen und in Eigenregie durchgeführt worden.

Aber auch hier wäre es eine Intervention von außen gewesen, die es ohne das Machtverhältnis zwischen Geber- und Empfängerorganisationen nicht geben würde. Die hier gegebene ‚ownership‘ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses ‚Geldgeben‘ Ausdruck struktureller Ungleichheit ist. Auch wenn diese Ungleichheit nicht bedeutet, dass die geldgebende Organisation ihre Interessen per „Fernbedienung“ (Munck 1988, Übersetzung FB) durchsetzen kann (s.o.).

Das alles gesagt heißt nicht, dass Evaluationen per se zu rechtfertigen sind. Sie können von sehr unterschiedlicher Qualität sein. Es gibt viele methodische, strukturelle und ethische Probleme. Was unter anderem sehr häufig – auch von den Auftraggebern von Evaluationen – nicht beachtet wird, ist der Projektkontext. So kann ein Brunnenbau zwar, um in der Sprache der Evaluator*innen zu bleiben, hohen ‚impact‘ oder ‚effectiveness‘ haben – weil er die Dorfbevölkerung mit Wasser versorgt. Dass diese Dorfgemeinschaft aber vorher in der Kampagne für eine bessere öffentliche Wasserversorgung und gegen ihre Privatisierung aktiv war und nach dem Brunnenbau ausgestiegen ist und damit die Kampagne geschwächt hat, wird vermutlich in einer Evaluation nicht untersucht.

Ein anderes Beispiel ist die ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ für Kriegstraumatisierte. Ihnen wird neben Angeboten von Selbsthilfegruppen z.B. ein Handwerk beigebracht. Abgesehen davon, dass der lokale Markt gar nicht so viele neu ausgebildete Handwerker*innen aufnehmen kann, schafft das Hilfsprojekt den Nebeneffekt, dass sich auch andere Bevölkerungsgruppen als Kriegstraumatisierte ausgeben – um an den entsprechenden Ausbildungsprogrammen teilzunehmen. Ein Fakt, den man den konkreten Individuen nicht zur Last legen kann – auch sie suchen nach Überlebensmöglichkeiten. Aber dieser nicht-intendierte Nebeneffekt schwächt die Glaubwürdigkeit des Projektes und auch der tatsächlich Traumatisierten. Evaluationen, die den sozio-ökonomischen Kontext nicht systematisch beachten, können diese nicht-intendierten Nebeneffekte nicht aufspüren.

Wesentlicher Teil der Macht in Evaluationen sind auch die jeweiligen konkreten sozialen Beziehungen zwischen den beteiligten Individuen. Eingeschrieben in die oben beschriebenen Strukturen wird der Evaluator zum ‚Experten‘, der Expertenstatus wird an ihn herangetragen, ihm ist kaum zu entkommen. In der Kontrollfunktion wird er in dieser sozialen Beziehung auch als ‚Antikollege‘ gesehen. Auch wenn es selten vorkommen mag, hat er die Macht wegen schlechter Projektperformance für ein Ende der Kooperation zu plädieren und damit die Kolleg*innen potentiell in die Arbeitslosigkeit zu befördern.

So berichtet Franz Schlüter, der Schauspieler im Roman von Hans Fallada, dem Abteilungsleiter: „‚Komische Verkäufer haben Sie hier. Notzüchtigen einen, damit man ihnen ihr Zeug abkauft. (...)‘ (...) ‚Der Mann ist ein ganz schlechter Verkäufer‘, sagt Herr Jänicke [der Abteilungsleiter]. ‚Er ist schon mehrfach verwarnt. (...) Er wird sofort entlassen werden.‘ (...) Pinneberg [der Verkäufer] steht da und sieht den beiden nach. Er steht da und sieht ihnen nach. Alles, alles ist zu Ende.“ (Fallada (2017) [1932]: 433f.).

Literaturverzeichnis

- Banse, Frauke (2013): Kampagnenorientierung und Organisation informell Beschäftigter als Krisenreaktion in Ghana, in: Dörre, Klaus/Schmalz, Stefan (Hg.) Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 311-319.
- Banse, Frauke (2016a): *Wes Brot ich ess, des Lied ich sing?* Gewerkschaften in Ghana und Benin und die Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kassel: Kassel University Press.
- Banse, Frauke (2016b): Geld für Gewerkschaften – Über die Intentionen und Wirkungen gewerkschaftlicher Förderung, in: PERIPHERIE Nr. 142/143, S. 289-306.
- Degeval (2011): Partizipation – dabei sein ist alles!? 14. Jahrestagung der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation. Programmheft, 2011, abrufbar unter http://www.degeval.org/fileadmin/jahrestagung/Linz_2011/14__Jahrestagung_der_DeGEval__Programmheft_HdR_END_BLU.pdf (zugegriffen am 20.11.2017).
- Fallada, Hans (2017 [1932]): *Kleiner Mann – Was nun?*, Berlin: Aufbau-Verlag.
- Munck, Ronaldo (1988): *The New International Labour Studies: An Introduction*, London/New Jersey: Zed Books.
- Southall, Roger (1995): *Imperialism or Solidarity? International Labour and South African Trade Unions*, Cape Town: University of Cape Town Press.
- Wemos Foundation (2004): *Good Intentions with Side-effects: Information on Global Public Private Initiatives in Health: GPPIs*, Amsterdam: Wemos.